

Berlin, den 5. September 2013

„Wir brauchen eine integrierte Politik für eine Halbierung der Energieverschwendung“

Erklärung der Mitglieder des fachlichen Beirats der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (DENEFF):

Dr.-Ing. Klaus-Dieter Clausnitzer

Prof. Dr. Uwe Leprich

Dr. Wolfgang Eichhammer

Dr. Martin Pehnt

Prof. Dr. Maximilian Gege

Carsten Petersdorff

Annette von Hagel

Simone Probst

Prof. Dr. Peter Hennicke

Stefan Scheuer

Prof. Dr. Wolfgang Irrek

Lukas Siebenkotten

Prof. Dr. Eberhard Jochem

Dr. hc Klaus Wedemeier

Dr. Holger Krawinkel

Prof. Dr.-Ing. Dieter Wolff

Prof. Dr. Claudia Kemfert

Dipl.- Ing. Thomas Wüst

R. Andreas Kraemer

Dr. Hans-Joachim Ziesing

Sven Lemiss

Wir brauchen eine integrierte Politik für eine Halbierung der Energieverschwendung

Wir als Energieeffizienzexperten, organisiert im fachlichen Beirat der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (DENEFF), appellieren im Vorfeld der Bundestagswahl an alle Parteien, die Steigerung der Energieeffizienz bzw. Energieeinsparungen zu einer der Schlüsselfragen für den Erfolg der Energiewende zu machen. Nur mit einer effektiven, konsistenten, koordinierten, kontinuierlichen Energieeinsparpolitik kann der gesamtwirtschaftlich notwendige Umbau des Energiesystems gelingen.

Die Energiewende ist nicht nur ein „Gemeinschaftswerk“¹ aller gesellschaftlichen Akteure. Sie muss zugleich auf einer „ganzheitlichen Systemoptimierung“ aller Handlungsfelder beruhen. Ganzheitlich bedeutet insbesondere, dass sowohl die Energie**bereitstellung** als auch die Energie**nachfrage** in den Blick genommen werden muss. Die Gesellschaft benötigt eine ausgewogene „Energiebalance“ zwischen dem Ausbau einer umweltverträglichen Versorgungsstruktur und einer effizient befriedigten, bedürfnisgerechten Nachfrage.²

Dieser Aspekt muss in der Diskussion um die Kosten der Energiewende die ihm angemessene hohe Priorität bekommen, entsprechend seiner Schlüsselrolle in den Szenarien zum Energiekonzept und allen Energiewendekonzeptionen. Effizienzsteigerungen können sicherstellen, dass die Energiewende wirtschaftlich vertretbar umgesetzt werden kann. Energieeinsparung, das bedeutet vor allem auch: weniger Importe fossiler Energieträger, höhere Investitionen in Effizienzmaßnahmen und damit Stärkung der deutschen Wirtschaft und mehr Beschäftigung. Studien belegen, dass eine ambitionierte Effizienzstrategie durch lokale Wertschöpfung und Exportvorteile 200.000 Arbeitsplätze schaffen kann.³

Dieses gesamtwirtschaftliche Finanzierungsprinzip ist sinnvoll. Je geringer der Energiebedarf, desto geringer der Bedarf an neuen Erzeugungs-, Netz- und Speicherkapazitäten. Und nicht nur das: vielfach gehen mit der Energieeffizienz weitere Vorteile einher: mehr Behaglichkeit, mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz, mehr Altersgerechtigkeit, gesteigerter Wert von Gebäuden und Anlagen.

Die Frage, wie Energie effizient eingesetzt und die Energienachfrage bis Mitte des Jahrhunderts halbiert werden kann, muss daher einen breiten Platz im Kern der Energiewendediskussion einnehmen – neben anderen wichtigen Themen wie dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Neuorganisation der Strommärkte. Nur so werden die notwendigen Synergien zwischen Energieangebot und Nachfrage umgesetzt und verhindert, dass die Energiewende an Widerständen gegen den anderweitig noch stärker notwendigen Leitungsausbau scheitert.

¹ Ethikkommission (2011): Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft, vorgelegt von der Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung.

² IFEU, Wuppertal-Institut (2008): M. Pehnt, W. Irrek, A. Paar et al. Energiebalance – Optimale Systemlösungen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Im Auftrag des Bundesumweltministeriums, Heidelberg, Wuppertal

³ ifeu et al. (2011): Energieeffizienz: Potenziale, volkswirtschaftliche Effekte und innovative Handlungs- und Förderfelder für die Nationale Klimaschutzinitiative, Heidelberg et al., Download http://www.ifeu.de/energie/pdf/NKI_Endbericht_2011.pdf

Deutschlandweit liegen seit Jahren bekannte, massive Einsparpotenziale brach, die schon heute wirtschaftlich und nachhaltig erschließbar sind. Die technischen Potenziale zur Energieeinsparung sind beträchtlich. Analysen gehen von langfristig bis zu über 60 Prozent des derzeitigen Endenergieverbrauchs aus, ohne dass Einschränkungen gemacht werden müssten. Davon ist die Hälfte innerhalb der nächsten 20 Jahre umsetzbar.⁴ Allein über 90 % der technischen Einsparpotenziale in der Industrie beispielsweise sind wirtschaftlich oder sehr wirtschaftlich umsetzbar.⁵

Die effektive Nutzung dieser Potenziale bedarf zielgerichteter politischer Anstöße.⁶ Wir erwarten insbesondere von der Landes- und Bundespolitik das Thema Energieeffizienz parteiübergreifend und im koordinierten Zusammenspiel von Bund und Ländern sachgerecht und konstruktiv voranzutreiben. Jüngste Beispiele wie die gescheiterte steuerliche Absetzbarkeit der Gebäudesanierung und die nicht sichergestellte Finanzierung des Energie- und Klimafonds sind mahnende Beispiele für ein drohendes Scheitern im Bereich der Energieeffizienzpolitik.

Dass ein hoher Handlungsbedarf im Bereich der Energieeffizienzpolitik besteht, manifestiert sich auch in Zahlen: Um die Ziele der Bundesregierung zu erreichen, müsste die Endenergieproduktivität statt um 1,5 % in der Periode 1991 bis 2011 in den Jahren 2011 bis 2020 um 2,3 % pro Jahr steigen. Die Steigerung der Produktivität der Stromeffizienz muss sich sogar mehr als verdoppeln.⁷ Die Dimension der Ziele der Bundesregierung zeigt sich in einem einfachen Vergleich: Während der Primärenergieverbrauch innerhalb der letzten 20 Jahre um ca. 7 % gesunken ist (inklusive der vereinigungsbedingten Einsparungen), wird für die zwölf Jahre zwischen 2008 und 2020 eine Einsparung um 20 % und bis 2050 eine Halbierung des Primärenergieverbrauchs zu erreichen sein.⁸ Es bedarf enormer Anstrengungen, die erforderliche Steigerung der Primärenergieproduktivität zu erreichen.

Das Einsparziel wird nicht nur dadurch gefährdet, dass die Aktivitätsraten etwa im Bereich der Gebäudesanierung die in der Energiewende geforderten 2% Sanierungen jährlich bei weitem noch nicht erreicht haben, sondern auch durch steigende Bedürfnisse, die den Energieverbrauch nach oben treiben. So haben sich beispielsweise die Wohnfläche in Deutschland seit 1991 um ein Viertel erhöht oder der Ausstattungsbestand von Privathaushalten mit Personalcomputern in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt.⁹

Eine „Politik für eine Halbierung der Energieverschwendung“¹⁰ ist dagegen eine der wenigen gesamtwirtschaftlich robusten Maßnahmen, oder, wie es in der Politik oft heißt: eine „No regret“-Maßnahme. Das kommende Jahr wird für die Energiespar-Politik entscheidend sein: Die nächste Legislaturperiode muss die Akzente setzen, mit der die ehrgeizigen Einsparziele des

⁴ Öko-Institut, Prognos, Modell Deutschland, Klimaschutz bis 2050: Vom Ziel her denken, Bericht im Auftrag des WWF Deutschland.

⁵ Ökotec, Prognos, Energieeffizienz in der Industrie, Studie im Auftrag der Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft e.V. 2012.

⁶ Fraunhofer ISI, Ökofys Germany, Ökoinstitut, Kosten-/Nutzen-Analyse der Einführung marktorientierter Instrumente zur Realisierung von Endenergieeinsparungen in Deutschland im Auftrag des BMWI 2012

⁷ Unter Referenzbedingungen nach: Monitoringstellungnahme (2012): A. Löschel, G. Erdmann, F. Staiß, H.J. Ziesing, Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“, Stellungnahme zum ersten Monitoring-Bericht der Bundesregierung für das Berichtsjahr 2011, Bundestagsdrucksache 17/11958, S. 26f.

⁸ Dies gilt, obwohl – bedingt durch die verwendeten statistischen Methoden – schon durch den Ausstieg aus der Atomenergie und den Ausbau der erneuerbaren Energien eine Primärenergieeinsparung ausgewiesen wird. Denn Wichtige erneuerbare Energien wie Windkraft, PV und Wasserkraft werden statistisch mit einem Wirkungsgrad von 100% ausgewiesen, während bei Kernenergie ein Wirkungsgrad von 33% gilt.

⁹ Statistisches Bundesamt, Werteabruf 03.04.2013

¹⁰ „Let’s cut in half the energy wasted by our homes and businesses over the next 20 years.“ President Barack Obama in der Rede zur Lage der Nation vom 13.2.2013.

Energiekonzepts erreicht werden. Die Umsetzung der europäischen Effizienzrichtlinie von 2012 ist dabei eine neue Chance für ganzheitliche Effizienzpolitik.

Ohne eine neue Energiesparpolitik hingegen würde die Energiewende teurer, langsamer und schwieriger werden.

Eine Effizienzpolitik aus einem Guss sollte zielgerichtet, umfassend, kontinuierlich, transparent und differenziert sein. Sie muss vor allem sicherstellen, dass insbesondere im Gebäudebereich die nötigen Anfangsinvestitionen für energetische Modernisierungen sichergestellt werden, Verteilungseffekte vermieden werden (die schwächere Einkommensgruppen stärker belasten) und nicht-ökonomische Hemmnisse beseitigt werden. Sie muss durchgehend in allen Bereichen des politisch-administrativen Mehrebenensystems (Kommune, Land, Bund, EU) auf mehreren Säulen stehen:

1. Verbindliche und konsistente Zielsetzungen festlegen

Es bedarf spezifischer Verpflichtungen bzw. konkreter Ziele, welche die Höhe der Energieeinsparungen bis 2050 und für die Zwischenhorizonte festlegen. **Für 2030 sollte die kommende Bundesregierung eine Halbierung der Energieverschwendung¹¹ verbindlich anstreben. Das bedeutet: minus 30 % Endenergiebedarf bis 2030.** Die übergreifenden Zielsetzungen zur Energieverbrauchsreduktion und zur Steigerung der Energieproduktivität müssen dazu auf Sektoren und Marktakteure systematisch heruntergebrochen werden und zur einer konsistenten Ausrichtung aller energieeffizienzrelevanter Politikbereiche führen. Alle Sektoren einschließlich des Verkehrssektors sollten in die Ziele einbezogen werden.

2. Eine klar verantwortliche Stelle für die Zielerfüllung schaffen

Diese muss eine von Einzelinteressen unabhängige, zentrale Koordinations- und Steuerungsfunktion für den Energieeffizienzmarkt übernehmen, verbunden mit Sanktionen bei Nichterfüllung bzw. Belohnung bei Übererfüllung. Genauso wie ein Betrieb eines systematischen Energiemanagements bedarf, benötigt auch eine umfassende Energieeinsparpolitik eine zentrale, systematische Steuerung der Programme und Projekte.

3. Kontinuierliche Finanzierung marktorientierter Anreize sicherstellen

Es bedarf einer stabilen Anreizstruktur, die eine fortwährende (Vor-) Finanzierung von Energieeinsparmaßnahmen ermöglicht. Ansatzpunkte hierfür bieten auch das marktorientierte Energieeffizienz-Anreizsystem der DENEFF¹² als Ausschreibungsmodell, der integrierte Nationale Einsparfonds¹³, die Vorschläge eines umlagefinanzierten Negawatt-Energie-Einspar-Gesetzes (NEEG)¹⁴ oder Haushaltsvereinbarungen, die ein eigenes Energieeffizienz-Budget als Teil des Gesamthaushalts im Sinne eines revolving Fonds

¹¹ Unter Energieverschwendung verstehen wir die Differenz zwischen heutigem und langfristig realisierbarem Endenergieverbrauch unserer Gesellschaft.“

¹² The CO-Firm (2012): Lösungsvorschlag zur Umsetzung eines marktorientierten Energieeffizienz-Anreizsystems in Deutschland, Studie im Auftrag der DENEFF, Hamburg und Berlin

¹³ Peht, M., Brischke, L. (2013): Energiesparfonds und Effizienzgarantie. Ein integratives Konzept zur Umsetzung der europäischen Energieeffizienz-Richtlinie. Kurzstudie im Auftrag des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND). ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung GmbH Heidelberg

¹⁴ Irrek, W. et al. (2009): Lernen von den Erneuerbaren? Feste Vergütungssätze oder Zertifikatslösungen zur Steigerung der Endenergieeffizienz: Mögliche Ansätze übergreifender Instrumente der Preis- oder Mengensteuerung Arbeitspapier im Projekt „Energiebalance - Optimale Systemlösungen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz“; ifeu / Wuppertal Institut, Wuppertal, Heidelberg und Berlin

schaffen.¹⁵ Auch haushaltsunabhängige Finanzierungsmöglichkeiten, beispielsweise durch Umlagen auf die Energiepreise, gerechtfertigt durch geringere Kosten des Energiesystems im Sinne der Gesamtsystemkostenoptimierung, können dabei in Betracht gezogen werden.¹⁶

4. **Rolle der Marktakteure und Schaffung neuer Geschäftsmodelle stärken**

Ein funktionierender Energieeffizienz-Markt erfordert auch die Stärkung der eigenverantwortlichen Aktivitäten der Marktakteure, beispielsweise von privaten Finanzierungsakteuren, Energieversorgern und -dienstleistern, Unternehmen mit großem Vertriebsnetz, etc. Hierzu sollte der Staat entsprechende Anreize setzen und verstärken, beispielsweise durch Stärkung von marktunterstützenden Aktivitäten wie Förderprogrammen, einfachen Kennzeichnungssystemen für Gebäude, lernenden Netzwerken etc.

5. **Effizienz-Rat der Politik zur Seite stellen**

Es gilt zudem, der Energieeffizienz partei- und ressortübergreifend eine Stimme zu verleihen. Ähnlich wie sich im erneuerbaren Energiemarkt in offiziellen Plattformen, Anhörungen und Kommissionen ein Diskussionsprozess etabliert (siehe etwa „Plattform Erneuerbare Energien“, Plattform „Zukunftsfähige Energienetze“, Netzentwicklungsplanungsprozess, Kraftwerksforum, Plattform Elektromobilität), sollte es einen Effizienz-Rat geben, der Energieeffizienz und Energieeinsparung systematisch in politischen Entscheidungen erfasst¹⁷ und in einem konstruktiven Modus ein „Gemeinschaftswerk Energieeinsparung“ vorlegt.

6. **Integriertes Effizienzkonzept umsetzen**

In Umsetzung der oben beschriebenen Ziele ist ein integriertes Effizienzkonzept erforderlich, das ein intelligenteres, systematischeres und konsistentes Ineinandergreifen politischer Instrumente beschreibt und rechtlich verbindlichen Ausdruck findet, z. B. in einem **Energieeffizienz- und Klimaschutzgesetz**. Dieses Effizienzkonzept sollte zeigen, wie alle relevanten Politikbereiche abgestimmt zusammenwirken müssen, um Marktbarrieren, die in den einzelnen Sektoren (Haushalte, Wirtschaft, Unternehmen) für die jeweiligen Akteure bestehen, zu beseitigen. Beispielsweise sind für die Überwindung des Mieter-Vermieter-Dilemmas bei der Verteilung von Sanierungskosten sowohl mietrechtliche, aber auch finanzpolitische, steuerrechtliche, sozialrechtliche, städtebaupolitische und teilweise sogar vergaberechtliche Fragen konsistent zu beantworten. Zur optimalen und planungssicheren Ausrichtung der Politikfelder muss das Konzept einen klaren, ressortübergreifenden **Instrumentefahrplan** enthalten.

Das Energieeffizienz- und Klimaschutzgesetz sollte die beschriebene zentrale Steuerungs- und Koordinationsfunktion einrichten und für einzelne Sektoren, Branchen und Handlungsfelder den Instrumentefahrplan in Form klar festgelegter Verantwortungen umsetzen, langfristige Zielerreichungspfade definieren, die in Einklang mit den Einsparzielen der Bundesregierung stehen, und diese durch geeignete Maßnahmen quantifiziert konkretisieren. Außerdem muss es den beschriebenen langfristig stabilen Finanzierungsmechanismus für Effizienzmärkte für Wärme, Strom und Verkehr vorgeben. Das Verhältnis aus Fördern, Fordern und Informieren sollte in einer ausgewogenen, an den jeweiligen

¹⁵ Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH; et al. (2005): PICO: Management und Finanzierung von Energiesparprojekten in öffentlichen Gebäuden durch verwaltungsinterne Energiesparabkommen, Wuppertal et al.

¹⁶ Fraunhofer ISI et al. A.A.o.

¹⁷ Siehe Vorschlag Fraunhofer ISI, in ifeu et al. (2011), a. A. o., S. 163

„Wir brauchen eine integrierte Politik für eine Halbierung der Energieverschwendung“

Hemmnissen orientierten Balance stehen. Maßnahmen der „leichten Hand“ alleine reichen nicht aus. Finanzielle Anreizprogramme sollten gezielt auf die neuralgischen Punkte der Umsetzungskette fokussiert werden und mögliche negative Verteilungseffekte berücksichtigen.